

betreffend Konsequenzen aus der unbewilligten Demonstration vom 24. Nov. 2018

Das Basler Wochenende vom 24. November 2018 war von diversen unterschiedlichen Veranstaltungen geprägt. Neben dem Stadtlauf fanden vier bewilligte und eine unbewilligte Demonstration zu unterschiedlichen Themen statt. Während die vier bewilligten Veranstaltungen ruhig über die Bühne gingen, führte die unbewilligte Demonstration - wie leider bei solchen Anlässen üblich - zu Behinderungen des öffentlichen Lebens, zu Sachschäden und Gewalt gegen die Polizei.

Die unbewilligte Demonstration fand ihren Höhepunkt in einer Versammlung von mehreren Hundert Personen Ecke Mattenstrasse / Rosentalstrasse, wobei sich die Teilnehmer grossmehrheitlich aus der linken und linksextremen Ecke des politischen Spektrums rekrutierten. Erstaunlicherweise waren vor Ort auch Parlamentarierinnen und Parlamentarier der SP und eine Co-Präsidentin der Basta!, welche sich vor laufender Kamera nicht gegen den Demonstrationzug aussprachen, obwohl eine Sprecherin schon zu diesem Zeitpunkt ein Umkippen in Gewalt befürchtete. Es herrschte eine ausserordentlich aggressive Stimmung und es ist einzig der überlegten, ruhigen und professionellen Arbeit der Polizei zu verdanken, dass die Situation nicht eskalierte; und dies trotz wiederholter physischer Provokation von Seite der Demonstranten. Der Anlass führte zu einer Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Anwohner, Störung des öffentlichen Verkehrs, Gefährdung der Gesundheit der Polizisten und teilweisen Sachbeschädigungen.

Es stellt sich die Frage nach der finanziellen Wiedergutmachung der verursachten Kosten und den strafrechtlichen Konsequenzen. Neben den direkt Beteiligten sind auch diejenigen Personen (speziell solche des öffentlichen Interesses) zur Verantwortung zu ziehen, welche diesen unbewilligten Demonstrationzug in der Öffentlichkeit ideell unterstützt oder sich nicht dagegen eingesetzt haben. Um Transparenz zu schaffen, bitte ich die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Massnahmen unternimmt die Regierung, um an unbewilligten Demonstrationzug beteiligte Personen zu identifizieren?
 - a) Welche Massnahmen unternimmt die Regierung, um diese Personen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen?
 - b) Welche Massnahmen unternimmt die Regierung, um diese Personen finanziell zur Verantwortung zu ziehen?
2. Welche Massnahmen unternimmt die Regierung, um für den unbewilligten Demonstrationzug verantwortliche Personen zu identifizieren?
 - a) Welche Massnahmen unternimmt die Regierung, um diese Personen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen?
 - b) Welche Massnahmen unternimmt die Regierung, um diese Personen finanziell zur Verantwortung zu ziehen?
3. Welche Massnahmen plant die Regierung, um in Zukunft die beiden obigen Personengruppen noch besser identifizieren zu können?
4. Die Regierung ist gebeten, eine abschliessende Liste sämtlicher zu Lasten des Steuerzahlers anfallenden Kosten (Beispiel: Polizeieinsatz) und deren Höhe in Franken anzugeben. Wo dies nicht möglich ist, möge sie eine bestmögliche Schätzung abgeben und die Grundlagen der Schätzung begründen. .
5. Die Regierung ist gebeten, eine abschliessende Liste sämtlicher Kosten zu Lasten der Öffentlichkeit (Beispiel: Tramausfälle) und deren Höhe in Franken anzugeben. Wo dies nicht möglich ist, möge sie eine bestmögliche Schätzung abgeben und die Grundlagen der Schätzung begründen.
6. Die Regierung ist gebeten, eine abschliessende Liste sämtlicher volkswirtschaftlicher Kosten (Beispiel: Umsatzausfälle von betroffenen Geschäften) und deren Höhe in Franken anzugeben. Wo dies nicht möglich ist, möge sie eine bestmögliche Schätzung abgeben und die Grundlagen der Schätzung begründen.

7. Welche anderen Kosten hat der Anlass verursacht (Imageschaden für die Stadt Basel, u.a.m.) und wie hoch schätzt der Regierungsrat diese Kosten ein?

Beat K. Schaller